

A3 Feminismus internationalistisch denken!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 29.02.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Feminismus internationalistisch denken!

Die aktuellen Entwicklungen in einigen europäischen Ländern sind ein alarmierendes Zeichen für die Lage der LGBTQIA*-Community und die reproduktiven Rechte von Frauen*. In verschiedenen Ländern wie Ungarn, Polen, Italien und den USA werden die Rechte von Frauen und queeren Menschen durch rechte Regierungen und Gesetze eingeschränkt. In Ungarn hat die Regierung unter Viktor Orbán ein Gesetz erlassen, das die Darstellung von Homosexualität gegenüber Minderjährigen verbietet. Ähnlich drastische Einschränkungen wurden auch in Polen unter der früheren PiS-Regierung eingeführt, wo das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche stark eingeschränkt wurde. Nicht zu vergessen ist auch der jüngste Vorfall in Italien, wo unter der Regierung Melonis lesbischen Müttern die Anerkennung auf den Geburtsurkunden ihrer Kinder verwehrt wurde. Zusätzlich blockiert Deutschland eine EU-Richtlinie zur einheitlichen Definition von Vergewaltigung nach dem Prinzip "Ja heißt Ja" und nimmt somit Millionen von Menschen in ganz Europa die Möglichkeit den/die Täter:in anzuzeigen. Diese jüngsten Entwicklungen zeigen, dass der Kampf um Gleichberechtigung noch lange nicht gewonnen ist!

Diese Ereignisse sind nicht isoliert zu betrachten, sondern Teil eines globalen Trends, insbesondere im Kontext des zunehmenden Rechtsrucks, der in vielen Teilen der Welt zu beobachten ist. Mit rechten Narrativen erstarken konservative Rollenbilder und antifeministische Strömungen. Daher ist es, für uns als GRÜNE JUGEND Saar, an der Zeit, Geschlechterungleichheit als ein globales Problem anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, bedarf es einer umfassenden Strategie, die auf Bildung, Gesundheitsversorgung, reproduktiven Rechten, wirtschaftlicher Gerechtigkeit, politischer Teilhabe und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* basiert:

1. Die Bildung über Geschlechterfragen muss verbessert, niedrigschwellig gestaltet und ausgeweitet werden, um Vorurteile abzubauen, Verständnis für die Vielfalt der Geschlechtsidentitäten zu fördern und um gerade junge Menschen auf ihrem Weg der Selbstfindung zu unterstützen.

2. Reproduktive Rechte sind unverzichtbar für die Selbstbestimmung von Frauen* und sind wesentlicher Bestandteil von gerechter und uneingeschränkter Gesundheitsversorgung.

3. Geschlechtergerechtigkeit heißt auch soziale Gerechtigkeit: Gleiche Arbeit verdient gleichen Lohn. Zu dem gilt es anzuerkennen, dass von Frauen* dominierte Berufsfelder häufig im Niedriglohnsektor angesiedelt sind.

4. Politische Teilhabe ist entscheidend für die Durchsetzung von Frauen* und queeren Rechten, daher setzen wir uns als Ziel explizit FLINTA*-Personen aktiv in politische Prozesse einzubringen.

- 39 5. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erfordert eine konzertierte
40 Anstrengung auf allen Ebenen der Gesellschaft, von der Strafverfolgung bis hin
41 zur Prävention und Unterstützung von Betroffenen.
- 42 6. Durch die Vernetzung mit anderen feministischen Organisationen in Europa
43 können wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam für unsere Ziele kämpfen. Konkret
44 könnte dies bedeuten, lokale und internationale Organisationen zu unterstützen,
45 gemeinsame Kampagnen auf internationaler Ebene durchzuführen und die
46 Zusammenarbeit zwischen feministischen Gruppen in Europa zu stärken.
- 47 Den Grundstein bildet dafür die Zusammenarbeit und Solidarität auf
48 internationaler Ebene. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir die
49 Herausforderungen angehen, die Frauen* und queere Menschen weltweit betreffen.

Begründung

erfolgt mündlich